

# Lönhardt: Heideländer sollen nicht vertrieben werden

## Stadt will bald mit den Betroffenen sprechen

**Fürstenwalde (rm)** Ein Gespräch zur geplanten Bebauung Heideland hatten Bürger, die dort wohnen, mit Roland Lönhardt, dem stellvertretende Bürgermeister, für gestern vormittag vereinbart. Die Bürger aus Heideland hatten das Spree-Journal zu diesem Gespräch eingeladen.

Roland Lönhardt aber wünschte nicht, in Anwesenheit der Presse das Thema zu diskutieren. Er machte von seinem Hausrecht Gebrauch und verwehrte dem Spree-Journal den Zutritt. Er war dann nach dem Gespräch bereit, den Standpunkt der Stadt darzulegen.

„Ich habe Verständnis für die Sorgen der Bürger. Die Aufregung hätte nicht zu entstehen brauchen, wenn wir als Stadt vorher das Gespräch mit den Bürgern gesucht hätten oder einen erläuternden Text zu der amtlichen Bekanntmachung vom 17. Juli gegeben hätten“, schätzte Lönhardt ein.

Die Bürger haben, so Lönhardt, viele Bedenken, die auch mit der Vergangenheit in Verbindung zu

bringen seien. So haben sie selbst 1936 Straße und Wege gebaut, sollten dafür entschädigt werden. Das ist nicht erfolgt. Dann kam Ungewisheit im Zuge des geplanten Kohleabbaus in der Region.

Lönhardt betonte, daß vom Gesetzgeber vorgesehen sei, möglichst den Bestandsschutz zu gewährleisten. Aber es müßten Straßen gebaut, die Erschließung vorgenommen werden. „Das kann dazu führen, daß einzelne Besitzer davon betroffen werden, Umlagerungen erforderlich werden. Das kann ich heute noch nicht sagen. Aber natürlich wollen wir vordergründig niemanden vertreiben.“

Festgelegt worden sei im Gespräch mit den Vertretern von Heideland, daß kurzfristig Erläuterungen zum Bebauungsplan an die Presse gegeben werden. Für dringend erforderlich hält er auch das Gespräch mit den Bewohnern von Heideland. „Ich habe die Bürger gebeten, wenn neue Probleme auftauchen sollten, daß sie sich erneut an mich wenden.“

Spree-Journal

ca. 10-1992

zur Bekanntmachung von 17.06.